Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 190 (2024)

Heft: 1-2

Artikel: Weit offene Türen für Kooperationen in schwierigem Umfeld

Autor: Kägi, Ernesto

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1063508

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SICHERHEITSPOLITIK 14

Weit offene Türen für Kooperationen in schwierigem Umfeld

Das Team Internationale Beziehungen Verteidigung (IB V) leistet Hintergrundarbeit, um die internationale Vernetzung der Armee interessengerecht zu ermöglichen. Der neue Staatssekretär für Sicherheitspolitik Markus Mäder hat bis Ende 2023 dieses Team geleitet. Er zeigt dessen Aktivitäten im internationalen Kontext auf und fokussiert auf die grössten Herausforderungen.

Ernesto Kägi

Was zum Zeitpunkt des Gesprächs noch nicht bekannt war: Miliz-Brigadier Markus Mäder wurde vom Bundesrat per 1. Januar 2024 zum Chef des neuen Staatssekretariats für Sicherheitspolitik (Sepos) im VBS ernannt. Somit dient dieser Werkstattbericht auch als informeller Abschlussbericht seiner siebenjährigen Tätigkeit als Chef IBV (zur Laufbahn von Brigadier Mäder siehe Beitrag in der Rubrik «Vermischtes»).

Erste Militärattachés vor dem Zweiten Weltkrieg

Die Schweizer Armee hatte seit der Gründung des Bundesstaates punktuelle Kontakte mit dem Ausland. Allerdings waren diese lange Zeit von grösster Zurückhaltung und selbstgewählten Einschränkungen geprägt. So wurden etwa im ausgehenden 19. Jahrhundert ausgewählte Berufsoffiziere zur Aus- und Weiterbildung an ausländische Militärakademien abkommandiert. 1937 installierte der Bundesrat in Paris und Rom die ersten Militärattaché-Posten. Dies war der Beginn des militärdiplomatischen Aussennetzes der Schweiz. 1938 folgte dann der Posten in Berlin, 1941 London, 1942 Ankara und 1943 Washington sowie Stockholm.

1953 kann als Geburtsstunde der militärischen Friedensförderung betrachtet werden. Nach Beendigung des Koreakrieges beschloss der Bundesrat, einen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung zu leisten und 150 Armeeangehörige in die Neutrale Überwachungskommission zwischen Nord- und Südkorea zu entsenden, dem ersten und bisher längsten Friedensförderungseinsatz der Schweizer Armee. Noch heute sind dort fünf Offiziere im Einsatz, um das Überwachungsmandat zu erfüllen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges wuchs der Bedarf nach internationalem militärischem Austausch deutlich an und erfasste die verschiedensten Aufgabenbereiche der Armee. Die Kontakte mit ausländischen Streitkräften und Organisationen sind seither kontinuierlich auf- und ausgebaut worden. Mittlerweile ist die internationale Vernetzung unverzichtbar für die Weiterentwicklung und Befähigung der Armee.

Rechtliche und politische Grundlagen

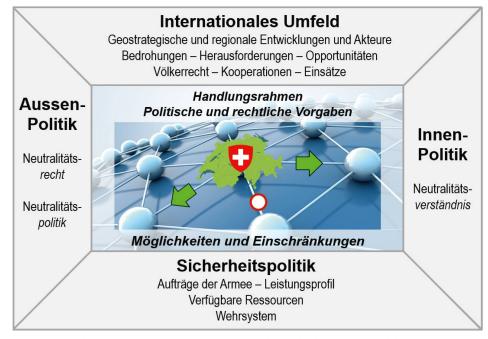
Die Aufträge der Schweizer Armee, und damit auch sämtliche internationalen Aktivitäten, leiten sich aus den übergeordneten rechtlichen Grundlagen ab, namentlich:

- der Bundesverfassung mit dem Armeeauftrag:
- dem Militärgesetz mit Präzisierungen auf Gesetzesstufe;
- den einschlägigen Verordnungen und Weisungen von Bundesrat, VBS und Armee/Gruppe Verteidigung, inklusive den Geschäftsordnungen Gruppe Verteidigung und Armeestab.

Hinzu kommen als politische Leitlinien die Sicherheitspolitischen Berichte des Bundesrates, wovon die aktuelle Version diejenige des Zusatzberichtes zum Sipol B 21 vom September 2022 ist.

Armee und «international» – ein politisches Spannungsfeld

Die internationalen Aktivitäten der Armee bewegen sich in einem politisch besonders anspruchsvollen Spannungsfeld. Dies hat zum einen damit zu tun, dass die Armee als Mittel und Verkörperung des Gewaltmonopols gegen aussen eine besondere Beziehung zu den Begriffen der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit des Landes hat. Zum andern stellt der gedankliche Spagat zwischen der dauernden und bewaffneten Neutralität der Schweiz auf der einen sowie deren Mitgliedschaft in internationalen Organisationen der kollektiven Sicherheit (UNO, OSZE) und der Zusammenarbeit mit regionalen Sicherheitsorganisationen (NATO-Partnerschaft für den Frieden oder auch EU) auf der anderen Seite eine Herausforderung dar, die von den politischen Akteuren teilweise unterschiedlich



Die Internationalen Beziehungen Verteidigung werden durch verschiedene Parameter definiert. Grafik: VBS

bewertet wird. Während neutralitätsrechtliche Pflichten und Rechte stets und vollumfänglich eingehalten bleiben, bestehen unterschiedliche Interpretationen über die Möglichkeiten und Einschränkungen im Rahmen des nationalen Neutralitätsverständnisses. Das zeigen gerade auch die seit dem russischen Angriff auf die Ukraine hitzig geführten Neutralitäts- und Waffenexportdiskussionen.

Dabei steht die Auftragserfüllung der Armee im Rahmen der politischen und rechtlichen Vorgaben auch bei den internationalen Kontakten stets im Zentrum. Internationale Kooperation ist nie Selbstzweck; es geht darum, die Weiterentwicklung und Befähigung der Armee zu stärken und die von der Politik beschlossenen Beiträge zur internationalen Sicherheit zu leisten. Dies zugunsten der eigenen nationalen Sicherheit, ganz im Sinne des verfassungsmässigen Auftrages «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt somit bei zur Erhaltung des Friedens». Dabei ist zu beachten, dass internationale Kooperation stets ein «Geben und Nehmen» erfordert, auch im militärischen Bereich. «Geben» beispielsweise durch den Schweizer Beitrag zur Stabilisierung des Westbalkans im Rahmen der Kfor im Kosovo und der Eufor Althea in Bosnien-Herzegowina und «Nehmen» im Sinne von Zugang zu sicherheitspolitisch relevanten Informationen der Partner und zu militärischer Expertise und Erfahrung ausländischer Streitkräfte.

Angesichts der sicherheitspolitischen, militärischen und technologischen Entwicklungen wächst der Bedarf an internationaler Vernetzung auch für die Schweizer Armee kontinuierlich. Die primären Treiber dieser Entwicklung sind insbesondere:

- Die sicherheitspolitische Entwicklung mit der Schweiz als Teil eines internationalen Systems kollektiver Sicherheit, die eine gemeinsame Bewältigung von Bedrohungen und Risiken verfolgt. So leistet die Schweiz seit Jahrzehnten militärische Beiträge zur internationalen Krisenbewältigung und Friedenssicherung; sie kooperiert auch im Luftpolizeidienst oder bei der militärischen Unterstützung der Katastrophenhilfe mit Nachbarstaaten.
- Aufgrund der fundamentalen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf die europäische Sicherheits- und Friedensordnung rückt nun, auf der Grundlage des Zusatzberichtes zum Sipol B 21 und unter Wahrung der Neutralität, auch die Frage ins Zentrum,

- wie die Schweiz zur wirksamen Verteidigung des Landes und ihrer Bevölkerung die Kooperation mit den europäischen Partnern stärken kann.
- Damit einhergehend wächst der Bedarf an internationaler militärischer Zusammenarbeitsfähigkeit, die im euroatlantischen Raum gemäss den von der NATO und ihren Mitgliedstaaten über Jahrzehnte entwickelten Standards erfolgt und die zentrale Voraussetzung für erfolgreiches gemeinsames Agieren ist.
- Die rasante technologische Entwicklung erfordert stärker als bislang den Austausch und die Zusammenarbeit mit Partnern, um die eigenen Fähigkeiten bedrohungsgerecht weiterzuentwickeln und auch die Beschaffung von modernem Rüstungsmaterial aus dem Ausland sowie den Zugang zu militärtechnologischen Errungenschaften zu gewährleisten.
- In der dicht besiedelten und stark urbanisierten Schweiz sind der Platz und die Möglichkeiten für komplexe militärische Trainings und Übungen zusehends eingeschränkt, was dazu führt, dass die Armee vermehrt Zugang zu Ausbildungsinfrastruktur und Übungsmöglichkeiten im Ausland benötigt.

Zentrale Steuerung der bilateralen und multilateralen Kooperation

Völkerrechtlich pflegen Staaten ihre Beziehungen entweder auf bilateraler (Staat zu Staat) oder multilateraler (mehrere Staaten innerhalb einer internationalen Organisation) Ebene. Dies gilt ebenso für die Beziehungen im sicherheitspolitischen und militärischen Bereich. Neben UNO, OSZE und EU kennt die Schweiz multilaterale sicherheitspolitische Kooperation vor allem mit der NATO im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden, an welcher sie sich seit 1996 beteiligt.

Daneben pflegt die Schweiz militärische Zusammenarbeit vor allem mit Staaten und Streitkräften im euroatlantischen Raum. Zu diesem Zweck bestehen auch verschiedene bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und ausgewählten Ländern. Dies sind völkerrechtliche Staatsverträge für die Zusammenarbeit in gemeinsam definierten Bereichen wie dem Informationsschutz, der Ausbildung oder auch dem grenzüberschreitenden Luftpolizeidienst. Für militärische Einsätze im internationalen Verbund, wie zum Beispiel im Rahmen der Friedensförderung, werden jeweils fallbezogen separate Abkommen abgeschlossen.

Die IB V ist das zentrale Mittel auf militärstrategischer Führungsebene, um die internationale Vernetzung der Armee innerhalb der politischen und rechtlichen Vorgaben zu ermöglichen und den bestehenden Handlungsspielraum zugunsten der eigenen militärischen Bedürfnisse zu nutzen. Via IB V stellt der Chef der Armee (CdA) eine kohärente Interessenwahrung gegenüber dem Ausland sicher, steuert und koordiniert die internationalen Aktivitäten der Armee gesamtheitlich und unterstützt und berät seine Direktunterstellten und deren Kommandobereiche bei der Umsetzung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen.

Strukturell setzt sich die im Armeestab eingegliederte IB V aus einem drei Abteilungen umfassenden Stabsteil im Hauptquartier und dem militärdiplomatischen Aussennetz zusammen. Mit dieser straffen Organisation nimmt die IB V folgende Aufgaben wahr:

- Beratung des CdA und der Armeeführung in internationalen Geschäften;
- Kontaktmanagement des CdA im internationalen Umfeld;
- Schaffen der militärstrategischen und rechtlichen Grundlagen und Voraussetzungen für die internationale Kooperation, internationale Einsätze sowie Kontakte der Armee;
- Führung und Koordination der bilateralen und multilateralen Streitkräftebeziehungen;
- Leitung ausgewählter Projekte im Bereich Prävention, Sicherheit, Stabilität und humanitäre Minenräumung im internationalen Umfeld;
- konzeptionelle Weiterentwicklung der militärischen Friedensförderung;
- Steuerung des Vollzugs völkerrechtlicher Instrumente und Umsetzung des Kriegsvölkerrechts und der Menschenrechte in der Armee;
- Aushandlung und Umsetzung der Implementierungsverpflichtungen, die sich aus internationalen Vereinbarungen für die Armee ergeben;
- Führung des militärdiplomatischen Aussennetzes (inklusive Selektion, Ausbildung, Einsatzvorbereitung und Einsatzführung des militärdiplomatischen Personals);
- Umsetzung protokollarischer und zeremonieller Verpflichtungen auf Stufe Bund und Armee (Militärprotokoll);
- Ausstellung von Bewilligungen im Zusammenhang mit dem Aufenthalt von Schweizer Armeeangehörigen im Ausland beziehungsweise von Angehörigen ausländischer Streitkräfte in der Schweiz.

SICHERHEITSPOLITIK 16

Wechselwirkung von Verteidigungsfähigkeit und Kooperation

Seit dem brutalen, völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf den souveränen Staat Ukraine muss man von einer «Zeitenwende in der europäischen Sicherheitsordnung» sprechen. Der Krieg ist zurück in Europa. Die damit einhergehende strategische Lage wird die Schweizer Sicherheitspolitik auf Jahre hinaus prägen.

Trotz zahlreicher weiterer Krisen und Konflikte mit tragischen und weltweiten Auswirkungen bleibt damit der Ukraine-Krieg mit seinen Auswirkungen laut Mäder der dominierende Brennpunkt im sicherheitspolitischen Umfeld der Schweiz. Diese militärische Konfrontation läuft bereits seit 2014, als Russland - ebenfalls völkerrechtswidrig - die Halbinsel Krim annektierte. Mit der militärischen Invasion Russlands in die Ukraine im Februar 2022 hat sich die Lage und damit das Eskalationsrisiko dramatisch verschärft - für die im existenziellen Abwehrkampf stehende Ukraine, aber auch für ganz Europa, das sich nicht weiter auf die Prinzipien der friedlichen Streitbeilegung verlassen kann, wie sie in der europäischen Friedensordnung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges etabliert und im Verlauf des Kalten Krieges zwischen der Sowjetunion (und später Russland) und dem Westen gemeinsam vereinbart und weiterentwickelt wurden.

Auch die Schweiz ist von dieser Entwicklung unmittelbar betroffen. Bisherige Gewissheiten sind zertrümmert worden und es stellen sich grundlegende Fragen, wie die Schweiz sich in der veränderten europäischen Sicherheitslage positionieren soll und ihre eigene nationale Sicherheit am besten wahren kann.

Erste Antworten auf die geostrategischen und sicherheitspolitischen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die europäische Sicherheits- und Friedensordnung im Allgemeinen und die Schweiz im Besonderen hat der Bundesrat in seinem Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 im Herbst 2022 präsentiert. Für die Armee formulierte der Bundesrat dabei zwei wesentliche Aktionslinien: Zum einen muss die Verteidigungsfähigkeit gestärkt und zum andern die internationale Kooperation intensiviert werden. Aus Sicht von Brigadier Mäder ist dabei deren implizite Verknüpfung interessant. Er meint dazu: «Die Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit und die Intensivierung der inter-



Br Markus Mäder ist bis Ende 2023 Chef Internationale Beziehungen Verteidigung gewesen und seit Anfang Jahr der erste Staatssekretär für Sicherheitspolitik. Bild: VBS

nationalen Kooperation stehen in einer Wechselwirkung; sie bedingen und begünstigen sich gegenseitig.»

Solidaritätserwartungen der Partner

Wie dieser politische Auftrag umgesetzt wird, muss die Armee nun konkret ausarbeiten. Internationale Kooperation kann nicht mehr wie bisher erfolgen; die europäischen Nachbarn und auch die NATO interessieren sich gegenwärtig explizit dafür, wie die Schweiz die Zusammenarbeit versteht und welche Beiträge sie ihrerseits zu leisten bereit ist. Während die Absicht der Schweiz, ihre Neutralität gemäss Völkerrecht aufrechtzuerhalten, vollständig akzeptiert wird, besteht seitens der Partnerländer dennoch die Erwartung, dass die Schweiz angesichts der akuten Bedrohungslage in Europa den neutralitätspolitischen Handlungsspielraum nutzt und wo möglich Solidaritätsbeiträge zugunsten der gemeinsamen Sicherheitsvorsorge leistet.

Brigadier Mäder gibt unumwunden zu, dass die Fortsetzung der internationalen Kooperation der Armee auf Schwierigkeiten gestossen wäre, wenn die Schweiz die EU-Sanktionen gegen Russland nicht übernommen hätte. Vergleichbare Solidaritätserwartungen bestünden bezüglich Wiederausrüstung der europäischen Streitkräfte,

die ihre Arsenale zugunsten der Ukraine geleert haben. Vor diesem Hintergrund nehme die durch das Parlament im Herbst 2023 genehmigte Ausserdienststellung von 25 Kampfpanzern Leopard 2, die den Weg für einen Verkauf an Deutschland frei machte, eine strategische Bedeutung in doppelter Hinsicht ein: Einerseits liegt eine materiell gut ausgerüstete Bundeswehr auch im Interesse der Sicherheit der Schweiz. Anderseits ist die Armee darauf angewiesen, die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, eine ihrer wichtigsten Kooperationspartnerinnen, auch in Zukunft im beiderseitigen Interesse fortzusetzen.

Im neuen Bericht «Zielbild und Strategie für die Armee der Zukunft» ist als eine der drei strategischen Stossrichtungen eine intensivere internationale Kooperation festgeschrieben. Es geht darum, dass die Armee zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit vermehrt von Erfahrungen und etablierten Standards anderer Streitkräfte profitieren und weitere Möglichkeiten für die Mitbenutzung von Übungsinfrastruktur im Ausland schaffen soll. Zudem muss die Armee bereit sein, auf Geheiss der Politik substanzielle Beiträge im Verbund und zugunsten der Partner zu leisten. All dies dient dem übergeordneten Zweck, die politische Handlungsfreiheit im Hinblick auf eine allfällige Zusammenarbeit mit den Partnern im Einsatz zu erweitern.

Die Armee befindet sich in der Konzeptionierungsphase und teilweise auch bereits in der Umsetzung dieser Stossrichtung. Abgeleitet aus dem Zusatzbericht des Bundesrates und den Vorgaben der Departementsebene im VBS erliess der CdA bereits zu Beginn des Jahres 2023 eine Handlungsrichtlinie und beauftragte den Armeestab, die Parameter und Rahmenbedingungen für die Vertiefung der internationalen Kooperation gesamtheitlich und systematisch auszuarbeiten. Auf dieser Grundlage wurde die «Arbeitsgruppe internationale Kooperation der Gruppe Verteidigung» (AGIK V) unter der Leitung des Chefs IB V eingesetzt, die gegenwärtig daran ist, diese Arbeiten armeeweit voranzutreiben.

Der Verteidigungsattaché – regionaler Sachverstand vor Ort

Verteidigungsattachés sind die mit sicherheitspolitischem und militärischem Sachverstand versehenen Augen und Ohren der Schweiz im Ausland (siehe Beitrag «Ein kleines, aber feines Netz»). Sie verfügen über regional spezialisierte Expertise und sind in der Lage, Entwicklungen und Ereignisse in ihrer Region zu verfolgen und relevante Erkenntnisse und Konsequenzen für die Schweiz abzuleiten. Nebst der Vertretung gegenüber den offiziellen Stellen der Verteidigungsministerien und Streitkräfte sowie diplomatischen Ansprechpartnern pflegen die VA auch informelle Kontakte zu Institutionen und Personen, die beim Lageverständnis dienlich sein können, wie beispielsweise Thinktanks, ausgewählte Experten oder Medienschaffende - dies stets innerhalb des gemäss «Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen» erlaubten Handlungsrahmens.

Die Berichterstattung über die sicherheitspolitische Lageentwicklung ist eine permanente und auch völkerrechtlich legitimierte Grundaufgabe eines VA. Angesichts zahlreicher Konflikte und erhöhter regionaler Spannungen sehen sich einige VA-Posten derzeit mit einer grossen thematischen Komplexität und permanenten Informationsflut konfrontiert, in welcher die relevanten Erkenntnisse aus dem Grundrauschen endloser Fakten, unter denen auch Falschinformationen zirkulieren, sorgfältig herausgefiltert werden müssen.

Das VA-Netz muss deshalb auch krisenresistent sein. Der Zugang zu verlässlichen und relevanten Informationen und zu den Entscheidungsträgern der Kooperationspartner muss jederzeit gewährleistet sein.

Ein konsequentes Geben und Nehmen

Brigadier Mäder versteht seine Grundaufgabe als «Enabler» (Ermöglicher) für die Schweizer Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in erster Linie fokussiert auf das Instrument «Armee», für deren zielgerichtete internationale Vernetzung die konzeptionellen, militärstrategischen und nationalwie auch völkerrechtlichen Grundlagen zu gewährleisten sind. Zusammen mit den Mitarbeitenden IB V will er steuern, koordinieren, beraten, unterstützen und damit günstige Voraussetzungen für die interessengerechten internationalen Beziehungen der Armee schaffen. Türen für eine Kooperation sollen, gerade auch im gegenwärtig schwierigen internationalen Umfeld, offen bleiben und, wo nötig, sollen neue geöffnet werden. Gegenüber den ausländischen Partnern sei die IB V zudem bestrebt, die Kohärenz der Beziehungen sowie die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Armee als Partnerin im internationalen Austausch zu stärken.

Die Schweiz muss bereit sein, relevante Beiträge zur gemeinsamen Sicherheit in Europa zu leisten.

Br Markus Mäder

In der gegenwärtigen internationalen Lage stellen sich laut Mäder dabei zwei primäre Herausforderungen. Zunächst ist die Wahrung der eigenen Interessen in der internationalen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit vor dem Hintergrund des Krieges in Europa anspruchsvoller geworden. Die Fokussierung auf die Bedrohung durch Russland beeinflusse auch den Handlungsspielraum in der europäischen «Kooperationslandschaft». Die militärische Ressourcenallokation der Schweizer Partner folgt laut Mäder sowohl in materieller wie auch personeller und infrastruktureller Hinsicht dem Imperativ des Krieges. Während die Partner die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Schweiz im Grundsatz begrüssten, seien die Erwartungen an eine beiderseits nutzbringende und ausbalancierte Beziehung gestiegen. Der Grundsatz von «Geben und Nehmen» werde noch konsequenter angewandt als bisher. Dies erfordert gemäss Mäder von der Schweiz die Bereitschaft, im Rahmen ihrer selbst auferlegten politischen Einschränkungen relevante Beiträge zur gemeinsamen Sicherheit in Europa zu leisten. Hierbei sei besonders die Armee gefordert, dies mit der nötigen Flexibilität und Kreativität umzusetzen.

Top-down statt Bottom-up

Dann findet auch ein interner Paradigmenwechsel statt. Während die internationale Vernetzung der Armee bisher im Wesentlichen unterhalb des politisch und medial wahrgenommenen Perzeptionsniveaus ablief, bestünden nun klare Erwartungen der politischen Führungsebene für eine Vertiefung der militärischen Kooperation.

Was sich lange Zeit eher nach dem «Bottom-up»-Ansatz aufgrund konkret entstandener militärischer Bedürfnisse entwickelte, unterliege nun einer klaren «Top-down»-Instruktion: Die Politik erwartet von der Armee, die internationale Kooperation im europäischen Umfeld zu vertiefen und damit einen Beitrag zur Erhöhung der strategischen Handlungsfreiheit zu leisten. Dies führt laut Mäder dazu, dass die Kooperation nicht nur konkreten militärischen Bedürfnissen, sondern auch der Erfüllung dieser übergeordneten Erwartungshaltung zu dienen habe. Mit diesem erhöhten Kooperationsprofil verstärke sich auch der Bedarf, die internationalen Beziehungen der Armee gesamtheitlich zu steuern und gegenüber den ausländischen Partnern kohärent und mit einer Stimme aufzutreten.

«Auch dies sind Themen, an denen wir in der Arbeitsgruppe AGIK V arbeiten und die uns in den kommenden Jahren stark fordern werden», schliesst Brigadier Mäder.

In seiner neuen Funktion, in welcher er das Staatssekretariat für Sicherheitspolitik im VBS leitet, wird er auf seinen bisherigen Erfahrungen aus der Praxis der internationalen militärischen Kooperation basieren können, wenn auch sein thematischer Fokus wesentlich breiter auf das gesamte sicherheitspolitische Instrumentarium ausgerichtet sein wird.

